

Zutreffendes bitte ankreuzen!

- Bezirkshauptmannschaft Bludenz
- Bezirkshauptmannschaft Bregenz
- Bezirkshauptmannschaft Dornbirn
- Bezirkshauptmannschaft Feldkirch

Antrag auf Gewährung von Mindestsicherung

1. Hilfsbedürftige Person:

Nachname: _____ frühere Namen: _____
Vorname(n): _____ akad. Grad: _____
Geburtsdatum: _____ Geburtsort: _____
Geschlecht: weiblich männlich
Sozialversicherungsnummer: _____ Telefonnummer: _____
Straße/Nr./Top: _____ PLZ/Ort: _____
Familienstand: ledig verheiratet/eingetragene Partnerschaft verwitwet
 getrennt lebend geschieden/aufgelöste eingetragene Partnerschaft

Staatsangehörigkeit: _____

wenn nicht österreichische Staatsangehörigkeit,
seit wann in Österreich: _____

Aufenthaltsberechtigung bis: _____ ausgewiesen durch: _____

Aufenthaltort in den letzten sechs Monaten, sofern nicht am angegebenen Hauptwohnsitz:

Straße/Nr./Top: _____ PLZ/Ort: _____

Krankenversicherung: Nein Ja bei: _____

Bankinstitut: _____ BIC: _____ IBAN: _____

(Eine entsprechende Bankbestätigung ist beizulegen! Bei voraussichtlicher Dauerunterstützung ist ein Konto zu eröffnen.)

Sachwalterin / Sachwalter: Nein Ja (Bestellungsbeschluss ist beizulegen.)

Name: _____ TelNr.: _____

Straße/Nr./Top: _____ PLZ/Ort: _____

2. Angaben zur antragstellenden Person

(wenn nicht ident mit der hilfsbedürftigen Person oder der Sachwalterin / dem Sachwalter)

Name: _____ TelNr.: _____

Straße/Nr./Top: _____

PLZ/Ort: _____

Vollmacht: Ja Nein (Vertretungsbefugnis gemäß § 10 Abs. 4 AVG)

Verhältnis zur hilfsbedürftigen Person: _____

3. Mindestsicherung wird beantragt für:

- a) Sicherung Lebensunterhalts ab: _____
- b) Sicherung des Wohnbedarfs (Miete, allg. Betriebskosten, Abgaben) ab: _____
- c) Schutz bei Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung ab: _____
- d) Übernahme der Bestattungskosten in Höhe von: _____
- e) Übernahme der Unterkunfts- und Verpflegskosten ab: _____ bis: _____
Name der Einrichtung: _____
 Kurzzeitpflege (z.B. Urlaub von der Pflege) ab: _____ bis _____
- f) Sonderleistungen ab: _____ für: _____ (zB 24-Stunden-Betreuung)
- Sonderbedarf für:
- Mietrückstand in Höhe von € _____
 - Finanzierungsbeitrag/Kaution in Höhe von € _____
 - große Haushaltsgeräte : _____
 - Sonstiges: _____

Erklärung der antragstellenden hilfsbedürftigen Person:

Ich erkläre die Mindestsicherung auch im Namen der unter Punkt 6.a angeführten, mit mir in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden, mir gegenüber unterhaltsberechtigten Personen oder mit mir in einer Ehe oder eheähnlichen Gemeinschaft lebenden Person zu beantragen.

Sonstige Angaben:

4. Angaben zum Bedarf¹:

a) Monatliche Wohnungskosten/Verpflichtungen/Schulden:

Wohnfläche: _____ m²; Mietzins: _____ ; 20 (10) % USt. inkl.: Ja Nein

Betriebskosten: _____

Heizkosten in Höhe von _____ in Betriebskosten enthalten: Ja Nein

Mieterückstand: Ja Betrag: _____ Nein

Vermieterin/Vermieter: _____

PLZ/Ort: _____

Straße/Nr./Top: _____ TelNr.: _____

	Betrag ²	Rate	wie oft	an wen
Darlehen zur Wohnraumschaffung:				
Einrichtungsdarlehen:				
Kontoüberziehung:				
sonstige Schulden:				

¹ Es sind die monatlichen Wohnungskosten, Verpflichtungen und Schulden sowie alle Einkünfte, Ansprüche und Vermögenswerte nachzuweisen.

² Es sind bei der Antragstellung vorliegende (Gesamt) betrag, bei den Unterhaltspflichten der monatliche Betrag anzugeben.

Unterhaltsverpflichtungen:				
Unterhaltsrückstände:				
sonstige Verpflichtungen:				

b) Beruf:

Beruf bzw. Ausbildung: _____

Beruf erlernt: _____ ausgeübt: _____

(letzte) Beschäftigung bei: _____ vom _____ bis _____

Anschrift : _____

c) Einkommen:

Nein Ja

Einkommen unselbstständig: Nein Ja mtl. Nettobetrag: _____

Einkommen selbstständig: Nein Ja mtl. Nettobetrag: _____

Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Krankengeld:

Nein beantragt: Nein Ja bei _____

Ja tgl./mtl. Betrag: _____ durch: _____

Pensionen/Renten/Firmenpensionen bzw. Pflegegeld³: Ja

Betrag	Institut/Firma	Vers. Nr./Pensionsnr.	Pflegegeld/	Stufe
			Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	
			Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	
			Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	

Nein beantragt: Nein Ja wann: _____ bei: _____

Unterhalt: Nein Ja Betrag: _____

Vermietung/Verpachtung: Nein Ja Betrag: _____

Gegenstand: _____

Wohnbeihilfe: Nein beantragt: Ja Nein
 Ja Betrag: _____ ab/seit: _____

Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag: Nein Ja Betrag: _____

Familienzuschuss: Nein Ja Betrag: _____

Sonstige (auch geringfügige) Einkünfte:

tgl./mtl. Betrag: _____ durch: _____

³ Diese sind auch anzugeben, wenn sie nur beantragt sind. Bei Heimunterbringung sind beim Bezug von ausländischen Pensionen und Beamtenpension entsprechende Abtretungserklärungen beizulegen.

d) Ansprüche:

Nein Ja

Ansprüche mit Geldleistung (z.B. Leibrente, Unterhalt, Schadenersatz)

Betrag: _____

Ansprüche ohne Geldleistung (z.B. Wohnrecht, Ausgedinge)

Gegenstand bzw. Grundlage: _____

e) Vermögen (auch im Ausland):

Grundstück/Haus/Wohnung im (Mit)eigentum Nein Ja

Grundbuch	Einlagezahl	Anteil	Fläche	Verkehrswert ⁴

Grundstück/Haus/Wohnung im (Mit)eigentum (auch im Ausland)

übertragen Nein Ja

Vertragsdatum	Grundbuch	Anteil	Fläche	Verkehrswert ⁵

Kraftfahrzeug: Nein Ja

Type: _____ Baujahr: _____ Kennzeichen: _____

Barvermögen: Nein Ja Betrag: _____

Sparguthaben: Nein Ja Betrag: _____

Wertpapiere/Aktien: Nein Ja Betrag: _____

Wertgegenstände: Nein Ja Betrag: _____

Forderung gegen Dritte: Nein Ja Betrag: _____

Sonstiges Vermögen: Nein Ja Betrag: _____

5. Begründung der Hilfsbedürftigkeit (kurze Beschreibung der Situation):

⁴ Der Verkehrswert ist nur ungefähr anzugeben. Eine aktuelle Verkehrswertermittlung kann beigelegt werden.

6. Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft und unterhaltspflichtige Angehörige (Partnerin/Partner, Eltern):

Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft/Angehörige/: Nein Ja Wenn ja, bitte nachstehend eintragen:

a) In der Bedarfsgemeinschaft lebende Personen (insbesondere Lebenspartnerin/Lebenspartner, Eltern, Kinder, Geschwister):

Nachname Vorname(n)	SV-Nummer u. Geburts- datum	Verwandt- schafts- verhältnis	Beruf	Einkommen		Familien- stand	Sorgepflichten		Vermögen (Ergänzung entsprechend Punkt 4.e)
				Nein	Ja (mtl. Nettobetrag)		Nein	Ja (mtl. Nettobetrag)	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

b) Außerhalb der Bedarfsgemeinschaft lebende unterhaltspflichtige Angehörige [(geschiedener oder getrennt lebender) Partner/(geschiedene oder getrennt lebende) Partnerin, Eltern nur bei Unterstützung minderjähriger Kinder]:

Nachname Vorname(n)	Geburts- datum	Verwandt- schafts- verhältnis	Beruf	Einkommen		Familien- stand	Sorgepflichten		Adresse
				Nein	Ja (mtl. Nettobetrag)		Nein	Ja (mtl. Nettobetrag)	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

7. Rechtsbelehrung:

Ich versichere hiermit, vorstehende Angaben vollständig und der Wahrheit entsprechend gemacht zu haben.

Ich nehme zur Kenntnis, dass hilfsbedürftige Personen gemäß § 9 Abs 1 des Mindestsicherungsgesetzes verpflichtet sind, die aufgewendeten Kosten zu ersetzen, wenn sie zu einem nicht aus eigener Erwerbstätigkeit erwirtschafteten Vermögen gelangen, Einkommen oder Vermögen besitzen, das zum Zeitpunkt der Gewährung der Mindestsicherung zu berücksichtigen gewesen wäre, der Bezirksverwaltungsbehörde aber nicht bekannt war, sie geänderte Umstände entgegen § 40 Abs. 1 nicht angezeigt haben und aufgrund dessen eine zu hoch bemessene Leistung bezogen haben oder die Mindestsicherung als Darlehen gewährt wurde und das Darlehen zurückzubezahlen ist.

Gemäß § 40 Mindestsicherungsgesetz sind Empfängerinnen/Empfänger der Mindestsicherung verpflichtet, jede Änderung in den für die Weitergewährung der Mindestsicherung maßgebenden Verhältnissen der Bezirkshauptmannschaft binnen zwei Wochen anzuzeigen. Dazu zählen insbesondere Änderungen der Vermögens-, Einkommens-, Familien- oder Wohnverhältnisse. Bei Verletzung der Anzeigepflicht oder bei einer rückwirkenden Gewährung von anrechenbaren Einkünften, kann die Mindestsicherung abgelehnt oder herabgesetzt werden, bis der Überbezug durch Gegenverrechnung mit laufenden Mindestsicherungsbezügen ausgeglichen ist.

Eine Verwaltungsübertretung begeht, wer der Anzeigepflicht nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt oder vorsätzlich durch unwahre Angaben oder durch Verschweigen wesentlicher Umstände Mindestsicherung in Anspruch nimmt. Verwaltungsübertretungen sind mit einer Geldstrafe bis zu 700 Euro oder mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Wochen zu ahnden, wenn das Verhalten nicht den Tatbestand einer in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden strafbaren Handlung bildet.

Ich nehme zur Kenntnis, dass Daten gemäß § 42 des Mindestsicherungsgesetzes automationsunterstützt verarbeitet werden und personenbezogenen Daten in einem Informationsverbundsystem im Sinne des § 4 Z. 13 Datenschutzgesetz 2000 (DSG 2000) verwendet werden. Betreiber des Informationsverbundsystems und Anlaufstelle für Betroffene im Sinne des § 50 DSG 2000 ist die Vorarlberger Landesregierung, Römerstraße 15, 6901 Bregenz.

Ich habe diese Rechtsbelehrung gelesen, verstanden und habe sie ausdrücklich zur Kenntnis genommen.

Datum

Unterschrift der hilfsbedürftigen Person
(bzw. der antragstellenden Person)

Beilagen zum Antrag (sofern nicht gesondert angeführt genügt Kopie):

- Einkommensnachweise aller in der Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen
- Familienbeihilfebescheid (wenn dies von der Behörde verlangt wird)
- Scheidungsurteil bzw. -beschluss, Urteil über die gerichtliche Auflösung der Eingetragenen Partnerschaft, Unterhaltsvergleiche bzw. -beschlüsse
- Bei Fremden: Nachweise bezüglich befristeter oder unbefristeter Aufenthaltsbewilligung
- Bankbestätigung (im Original)
- Sachwalterschaftsbestellungsbeschluss
- Wohnbeihilfebewilligungsschreiben
- Darlehensverträge
- vergebürter Mietvertrag über die Höhe der monatlichen Miete und Betriebskosten (aufgeschlüsselt)
- Abtretungserklärung(en) beim Bezug von ausländischen Pensionen und Beamtenpensionen (im Original)
- Pflegeeinstufung in stationären Einrichtungen der Altenhilfe
- ärztliches Attest über die Notwendigkeit der Heimunterbringung (Nur bei Pflegegeldstufen 1 - 3.)
- Pflegegeldbescheid, -urteil
- Zulassungsbescheinigung
- Kontoauszüge der letzten drei Monate für jedes Konto, Sparbuch, Wertpapierdepot, usw.
- aktuelle Verkehrswertermittlung
- Schenkungs- bzw. Übergabevertrag
- Familienzuschuss; Bestätigung
- _____
- _____

Bestätigung des Gemeindeamtes:

Die Angaben zum Namen, Geburtsdatum sowie zur Adresse der hilfsbedürftigen Person sowie der Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft/Angehörige wurden überprüft, sind vollständig und entsprechen den Tatsachen.

- Auf eine Stellungnahme gemäß § 35 Abs. 2 Mindestsicherungsgesetz wird verzichtet.
- Eine Stellungnahme gemäß § 35 Abs. 2 Mindestsicherungsgesetz wird gesondert abgegeben.
- Zum Antrag wird gemäß § 35 Abs. 2 Mindestsicherungsgesetz Stellung genommen wie folgt:

Datum

Stempel, Unterschrift